



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 11.04.2019**

Sitzungsnummer: v.-Ver/054/2019

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

| | |
|-----------------|--|
| Herr Claus Hamp | |
|-----------------|--|

CDU-Fraktion

| | |
|-------------------------------|--|
| Herr Lars-Henning Bartels | |
| Frau Leonie Bierent | |
| Herr Dr. Manfred Bödicker | |
| Frau Angelika Knapp-Lohkemper | |
| Herr Ortwin Ludwig | |
| Herr Dennis Moneke | |
| Herr Dr. Hans-Henning Peters | |
| Frau Elisa Rabe-Bartels | |
| Herr Jörg Rüppel | |
| Frau Susanne Rüppel | |
| Herr Michael Schmidt | |
| Herr Stefan Schneider | |
| Frau Annegret Schröter | |
| Herr Klaus Wolf | |

SPD-Fraktion

| | |
|-------------------------|--|
| Herr Ramiz Arifi | |
| Herr Markus Claus | |
| Herr Alexander Feiertag | |
| Herr Stefan Fiege | |
| Herr Jörg Heinz | |
| Herr Knut John | |
| Frau Gabriele Kniese | |
| Herr Joachim Lorchheim | |
| Herr Karl Montag | |

| | |
|------------------------|--|
| Herr Thomas Reyer | |
| Frau Jacqueline Stolle | |
| Herr Marcus Stolle | |
| Frau Petra Strauß | |

FWG-Fraktion

| | |
|---------------------|--|
| Herr Jochen Grüning | |
| Herr Jürgen Häcker | |
| Herr Andreas Hölzel | |

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

| | |
|---------------------------|--|
| Herr Siegfried Fiegenbaum | |
| Frau Vanessa Grauer | |

Fraktion Die Linke

| | |
|-------------------------|--|
| Herr Bernhard Gassmann | |
| Frau Erika Rebbig-Kosir | |

FDP-Fraktion

| | |
|--------------------|--|
| Frau Jutta Thiele | |
| Herr Klaus Volkmar | |

Mitglieder des Magistrats

| | |
|----------------------------|--|
| Herr Heinz-Jürgen Gathmann | |
| Herr Thomas Große | |
| Herr Alexander Heppe | |
| Frau Patricia Hölzel | |
| Frau Heidrun Ott | |
| Herr Theodor Sternal | |

Ortsvorsteher

| | |
|----------------------|--|
| Herr Rainer Bick | |
| Herr Matthias Herzog | |
| Herr Georg Hofmann | |

Schriftführer/in

| | |
|-------------------|--|
| Herr Volker Jatho | |
|-------------------|--|

von der Verwaltung

| | |
|-----------------------------|--|
| Frau Rebecca Herzog-Meister | |
| Frau Denise Thunert | |

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

| | |
|------------------------|--|
| Herr Washa Beroschwili | |
|------------------------|--|

Entschuldigt:**Mitglieder des Magistrats**

| | |
|----------------------|--|
| Herr Berthold Diegel | |
| Herr Stefan Happel | |

Ortsvorsteher

| | |
|------------------------|--|
| Herr Jürgen Gonnermann | |
| Herr Walter Hoefel | |
| Herr Thomas Rehbein | |

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****21:58 Uhr**

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 06.04.2019 in der Werra-Rundschau erfolgte. Außerdem stellt er fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Das Protokoll vom 21.03.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 20, Nein: 17, Enthaltungen: ---

Stv. Feiertag beantragt, die TOP 4 „Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. fortlaufendem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung“ und TOP 7 „Gemeinsamer Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. zeitnahe, kontinuierlichem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über den Zustand unserer Kindertagesstätten“, da sie ähnliche Sachverhalte haben, nacheinander zu behandeln.

Stv.-V. Hamp erläutert, dass dann der TOP 7 unmittelbar nach TOP 4 auf die Tagesordnung kommt.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 37, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

| TOP | Titel | |
|-----------------|--|----|
| 1. | Feststellung des Ausscheidens eines Magistratsmitgliedes Feststellung des Nachrückens eines Magistratsmitgliedes; Ernennung und Amtseinführung Vorlage: 2019/0213/SVV | 6 |
| 2. | Entwicklung der westlichen Bahnflächen, Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 132 „Westliche Bahnflächen“ Vorlage: 2019/0220/SVV | 6 |
| 3. | Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2019 Vorlage: 2019/0221/SVV | 7 |
| 4. | Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. fortlaufendem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung Vorlage: 2019/0215/SVV | 8 |
| 5. neu, alt: 7. | Gemeinsamer Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. zeitnahe, kontinuierlichem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über den Zustand unserer Kindertagesstätten Vorlage: 2019/0218/SVV | 8 |
| 6. neu, alt: 5. | Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Bericht im Ausschuss für Bauen und Umwelt über den Stand der Untersuchungen zur Einführung eines Bewohnerparkens Vorlage: 2019/0216/SVV | 10 |
| 7. neu, alt: 6. | Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ziel „Klimaneutrale Kommune“ – Städtischer Klimabericht Vorlage: 2019/0217/SVV | 11 |
| 8. | Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Beschleunigung der Baumaßnahme des Kunstrasenplatzes für Fußball und American Football Vorlage: 2019/0219/SVV | 13 |
| 9. | Magistratsbericht | 14 |
| 10. | Anregungen..... | 16 |

- 1. Feststellung des Ausscheidens eines Magistratsmitgliedes
Feststellung des Nachrückens eines Magistratsmitgliedes; Ernennung und Amtseinführung
Vorlage: 2019/0213/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Erster StR. Große erläutert den Werdegang vom ausscheidenden Magistratsmitglied Herrn Matejka und überreicht ihm dann ein Geschenk.

Anschließend stellt Stv.-V. Hamp das Ausscheiden von Stadtrat Matejka sowie den Namen des Nachrückers Herrn Lukas Sennhenn fest. Erster StR. Große überreicht Herrn Sennhenn die Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten.

Ferner nimmt Stv.-V. Hamp den Diensteid ab und verpflichtet den Stadtrat Sennhenn per Handschlag.

Danach stellt sich Herr StR. Sennhenn kurz vor.

- 2. Entwicklung der westlichen Bahnflächen, Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 132 „Westliche Bahnflächen“
Vorlage: 2019/0220/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Erster StR. Große trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet vorlagegemäß zu beschließen.

Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss, der einstimmig die Annahme des Beschlussvorschlages empfohlen hat.

Laut Stv. Grüning will die Koalition zustimmen.

Stv. Feiertag erläutert, dass die SPD in der Ausschusssitzung zugestimmt habe, aber in der Fraktions-sitzung wurde das Vorhaben noch einmal besprochen. Anhand von Beispielen, die die Detailplanung betreffen, erklärt er die aufgetretenen Zweifel. Der TOP solle daher noch einmal im Ausschuss besprochen werden.

Auch laut Stv. Fiegenbaum bestehen Zweifel, u. a. wegen der Zersiedelung des Baugebietes. Auch die ökologische Abgrenzung würde eine Rolle spielen. Daher befürwortet auch er eine neue Zielausrichtung im Ausschuss.

Stv. Fiege bringt meteorologische Rahmenbedingungen in die Debatte ein und verteidigt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion.

Laut Stv. Grüning solle das Bauvorhaben erst einmal in Gang gebracht werden.

Auch Stv. Feiertag will eine zügige Umsetzung, aber über die Zielrichtung und Abgrenzung solle noch einmal gesprochen werden.

Stv. Reyer verteidigt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion auf nochmalige Überweisung in den Ausschuss um weitere Details, wie Abgrenzung und Zufahrt zu hinteren Gewerbegebieten, Verkehrsführung für Schwerlastverkehr sowie Immissionsschutz gegenüber KiTa zu erörtern.

Stv. Schneider befürwortet die ursprüngliche Beschlussvorlage, es wäre nur ein Planentwurf, weitere Änderungen können erfolgen.

Auch Stv. Gassmann verteidigt den Antrag der SPD; auch er will eine weitere Beratung im Ausschuss.

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion:

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 132 „Westliche Bahnflächen“ wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zurück überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 17, Nein: 20, Enthaltungen: ---

Beschluss:

Für den in Anlage 3 dargestellten Geltungsbereich wird der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 132 „Westliche Bahnflächen“ gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 20, Nein: 17, Enthaltungen: ---

| |
|---|
| 3. Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2019 Vorlage: 2019/0221/SVV |
|---|

| |
|---|
| Zuständiger Fachbereich: Eigenbetrieb Baubetriebshof |
|---|

Erster StR. Große trägt die Beschlussvorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Frau Stv. Rüppel begrüßt die positive und dienstleistungsorientierte Arbeit des BBH und verweist dabei auf die Gestaltung des Werraufers.

Stv. Fiegenbaum schließt sich dem Lob an, kritisiert aber die Verwendung bestimmter Geräte. Der BBH solle beim Einsatz von Maschinen ökologischer ausgerichtet werden.

Laut Stv. Feiertag müsse auch die Elektromobilität berücksichtigt werden.

Stv. Gassmann fehlt die Bezifferung der Straßenunterhaltung im Wirtschaftsplan. Er erinnert an den entsprechenden Antrag vom 29.11.2018.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 5 Nr. 4 EigBGes den Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 37, Nein: ---, Enthaltungen: ---

4. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. fortlaufendem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung
Vorlage: 2019/0215/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.1

5. neu, alt: 7. Gemeinsamer Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. zeitnahe, kontinuierlichem Bericht im Ausschuss für Familie und Soziales über den Zustand unserer Kindertagesstätten
Vorlage: 2019/0218/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.1

Die o.g. Anträge werden nacheinander behandelt, da sie inhaltlich ähnlich sind. Die Diskussion sowie die Beschlussfassung erfolgt im Anschluss antragsübergreifend.

Frau Stv. Thiele trägt den Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion zu TOP 4 vor, begründet ihn und bittet vorlagegemäß zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, fortlaufend im Ausschuss für Familie und Soziales über die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung zu berichten. Insbesondere ist hierbei zu prüfen, ob die Mittel, die mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung in der Qualität der Kinderbetreuung an das Land Hessen geleitet werden, auch möglichst zu 100% für pädagogische und administrative Zwecke verwendet werden können.

Begründung:

Die Kreisstadt Eschwege steht traditionell immer in einem engen Austausch mit den Trägern der Kinderbetreuung in unseren Kitas. Dies begrüßen wir sehr und danken allen Beteiligten, die es auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren geschafft haben, in Eschwege eine gute Kinderbetreuung zu sichern. In den letzten Jahren lag der Fokus in der Kinderbetreuung vor allem auf dem Ausbau von Betreuungsplätzen und einer finanziellen Entlastung der Eltern. So richtig dies ist, bedeutet jedoch die glücklicherweise wachsende Akzeptanz der Kinderbetreuung, die damit einhergehenden hohen Betreuungsquoten in Eschwege aber eben auch die gewachsenen gesetzlichen Anforderungen für die Kommunen eine enorme finanzielle Belastung.

Mit dem neuen, sog. „Gute-Kita-Gesetz“ gibt es neue Mittel, von denen wir erwarten, dass das Land diese zu 100% zweckgerichtet den Kommunen zur Verfügung stellt und nicht noch eine weitere Gebührenfreistellung anstrebt, die zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht erscheint.

Vielmehr muss es unser Anspruch sein, dass wir in den Kitas qualifizierte, gut bezahlte und motivierte Fachkräfte haben, die auch auf ein auskömmliches Budget für Aus- und Fortbildungen zurückgreifen

können und in einer Situation arbeiten können wo zwischen Erzieherinnen und Kindern ein guter Betreuungsschlüssel gegeben ist. Ebenso halten wir es für unabdingbar, den Erzieherinnen und Erziehern, insbesondere den Gruppenleitungen wieder mehr Vor- und Nachbereitungszeiten für pädagogische Arbeit zur Verfügung zu stellen. Mit den qualitativen Anforderungen durch die Gesetzgeber ist auch der Verwaltungsaufwand in den Kitas in den letzten Jahren enorm angestiegen., mehr Zeiten für die Leitungen, um diese Aufgaben überhaupt bewältigen zu können, erscheinen uns daher notwendig. Wir müssen auf allen Ebenen dafür sorgen, dass seitens der Gesetzgeber nicht nur Standards und Rechtsansprüche definiert werden, sondern auch die Ausfinanzierung der Kinderbetreuung in den Kommunen, eine der wohl wichtigsten Gesellschaftlichen Aufgaben der Kommunen überhaupt, künftig gesichert ist.

Stv. Feiertag trägt den Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion zu TOP 5 neu (alt: 7) vor, begründet ihn und bittet vorlagegemäß zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, im Ausschuss für Familie und Soziales zeitnah und kontinuierlich über den Zustand unserer Kindertagesstätten hinsichtlich der erheblich veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen zu berichten. Insbesondere sollen dabei folgende Aspekte benannt und dargestellt werden:

1. Bauliche und räumliche Ausstattung der Einrichtungen inklusive Personalräumen
2. Bereitstellung von notwendigem hauswirtschaftlichen Personal und Übernahme von Hauswirtschaftsstunden
3. Bereitstellung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Zeiten zur Mitarbeiterbesprechung, Elterngesprächen sowie von Leitungszeiten
4. Verfahren zur Ermittlung von Personal- und Platzbedarfen und zur Anmeldung für die Kindertagesstätten

In der entsprechenden Ausschusssitzung sind die Träger- und Leitungsververtretungen der Kindertagesstätten in Eschwege anzuhören und an der Diskussion zu beteiligen.

Im Anschluss daran ist der Magistrat beauftragt, in den oben genannten und im Ausschuss behandelten Maßnahmen, gute, einheitliche und möglichst trägerübergreifende Bedingungen in den Einrichtungen zu schaffen.

Begründung:

Unsere Kindertagesstätten befinden sich am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen erfordern es, neue Modelle zu erarbeiten. Gerade in der familiengerechten Kommune Eschwege muss die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern im Vordergrund stehen. Kinder sind unsere Zukunft und unsere Zukunft muss uns am Herzen liegen.

Indem wir den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen in den Kindertageseinrichtungen Rechnung tragen, können wir in der Kinderbetreuung ein Projekt mit Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus anstoßen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, fortlaufend im Ausschuss für Familie und Soziales über die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung zu berichten. Insbesondere ist hierbei zu prüfen, ob die Mittel, die mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung in der Qualität der Kinderbetreuung an das Land Hessen geleitet werden, auch möglichst zu 100% für pädagogische und administrative Zwecke verwendet werden können.

Im Ausschuss für Familie und Soziales zeitnah und kontinuierlich über den Zustand unserer Kindertagesstätten hinsichtlich der erheblich veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen zu berichten. Insbesondere sollen dabei folgende Aspekte benannt und dargestellt werden:

1. Bauliche und räumliche Ausstattung der Einrichtungen inklusive Personalräumen
2. Bereitstellung von notwendigem hauswirtschaftlichen Personal und Übernahme von Hauswirtschaftsstunden
3. Bereitstellung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Zeiten zur Mitarbeiterbesprechung, Elterngesprächen sowie von Leitungszeiten
4. Verfahren zur Ermittlung von Personal- und Platzbedarfen und zur Anmeldung für die Kindertagesstätten

In der entsprechenden Ausschusssitzung sind die Träger- und Leitungsververtretungen der Kindertagesstätten in Eschwege anzuhören und an der Diskussion zu beteiligen.

Im Anschluss daran ist der Magistrat beauftragt, in den oben genannten und im Ausschuss behandelten Maßnahmen, gute, einheitliche und möglichst trägerübergreifende Bedingungen in den Einrichtungen zu schaffen.

Stv. Feiertag verweist darauf, dass Kinderbetreuung grundsätzlich staatlich zu finanzieren sei. Solange dies jedoch nicht möglich ist, müssen Standards im Ausschuss und mit den Trägern und Leitungsvertretern definiert werden.

Stv. Fiege erklärt, dass für Kitas nicht nur die Kommunen zuständig seien, diese aber für gute Rahmenbedingungen sorgen müssen. Es gehe auch um die Qualität der Kitas, daher sollten entsprechende Qualifizierungsangebote sowie Förderanträge gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 37, Nein: ---, Enthaltungen: ---

| |
|---|
| 6. neu, alt: 5. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Bericht im Ausschuss für Bauen und Umwelt über den Stand der Untersuchungen zur Einführung eines Bewohnerparkens Vorlage: 2019/0216/SVV |
|---|

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1, Fachbereich 3.1, Fachbereich 1.1

Stv. Wolf trägt den Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet vorlagegemäß zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, im Ausschuss für Bauen und Umwelt über den Stand der Untersuchungen zur Einführung eines Bewohnerparkens zu berichten. Hierzu sind die Vertreter der übrigen Verkehrsbehörden, der Polizei und der Verkehrsinteressenverbände mit einzuladen.

Begründung:

Wie durch den Magistrat angekündigt, soll in diesem Jahr eine Untersuchung stattfinden, um im Bereich der südlichen Altstadt und im Quartier rund um das Klinikum Werra-Meißner ein Bewohnerparksystem einzuführen.

Wir halten es für sinnvoll, als Zwischenschritt während der laufenden Untersuchungen eine inhaltliche Rücksprache mit weiteren Beteiligten in öffentlicher Sitzung zu ermöglichen. Hierbei können Anwohner selbst, aber auch Verkehrsinteressenverbände wie z. B. ACE, ADAC, ADFC, die Verkehrsbehörde des Werra-Meißner-Kreises und auch die Landespolizei wichtige Impulse geben. Aus einer fruchtbaren Diskussion könnten sich auch weitere Erkenntnisse für künftige Planungen der Stadt ergeben.

Stv. Gassmann begrüßt den Antrag, da damit grundsätzlich die Leerstandssituation und die Entwicklung der Innenstadt gefördert wird, allerdings soll die Einführung für die gesamte Altstadt geprüft werden.

Auch Stv. Grüning erklärt, dass hiermit eine Wertsteigerung für innerstädtisches Wohnen erfolgt.

Stv. Reyer begrüßt ebenfalls den Antrag und fragt nach einem entsprechenden Bericht über die allgemeine Parkplatzsituation in der Innenstadt, hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, im Ausschuss für Bauen und Umwelt über den Stand der Untersuchungen zur Einführung eines Bewohnerparkens zu berichten. Hierzu sind die Vertreter der übrigen Verkehrsbehörden, der Polizei und der Verkehrsinteressenverbände mit einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 37, Nein: ---, Enthaltungen: ---

| | |
|-----------------|---|
| 7. neu, alt: 6. | Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ziel „Klimaneutrale Kommune“ – Städtischer Klimabericht Vorlage: 2019/0217/SVV |
|-----------------|---|

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.1

Stv. Fiege trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet vorlagegemäß zu beschließen. Hinsichtlich der Berichterstattung sollen die bereits umgesetzten Maßnahmen vorgelegt werden.

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich weiterhin und ausdrücklich zu dem Ziel der „Klimaneutralen Kommune“.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung zum nächstmöglichen Termin über den Stand sämtlicher klimarelevanten Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und Substitution fossiler Energieträger zu berichten. Über sämtliche laufende und vorgesehene Maßnahmen insbesondere in den Sektoren Landnutzung, Städtebau und Mobilität ist Auskunft zu geben. Quantifizierende Angaben zur Unterlegung sind hierbei anzuführen (z.B. stoffliche Mengen, Flächenangaben, Kilowattstunden etc.).
3. Des Weiteren soll über geplante Maßnahmen zur Klimafolgen-Bewältigung den Parlamentariern berichtet werden.

Begründung:

Der Klimawandel schreitet in immer schnellerem Tempo scheinbar unaufhaltsam voran. Klimaziele werden mit gefühlter Regelmäßigkeit immer wieder aufgeschoben. Die Jugend der Welt begehrt gegen diesen unerträglichen Zustand in nie dagewesenem Ausmaß auf, dies letztlich mit dem Ziel doch noch die 1,5-Grad - Schwelle nicht zu überschreiten, um somit einer eigenen und lebenswerten Zukunft entgegenzusehen zu können.

Die Stadt Eschwege hat die begründeten Forderungen der Wissenschaft und der Jugend nicht nur einfach zur Kenntnis genommen. Sie ist darüber hinaus bereit, in ihrem Einflussbereich zielführendes Handeln zum Erreichen eines klimaneutralen Planeten mit aller Anstrengung zu verstärken und voranzutreiben. Sie stellt sich eben genau und vor allem **jetzt** mit ihrer ganzen Kraft und Kreativität den gestiegenen Herausforderungen.

Unter anderem ist dazu wieder das regelmäßige Monitoring anhand des städtischen Klimaberichts und dies in verbindlichem und regelmäßigem Turnus zu aktivieren. Auf dessen Basis sind die eigenen Anstrengungen zu reflektieren und schnellstens nachzujustieren, zu ergänzen mit weiterführenden Maßnahmen, wo immer dies möglich ist.

Bgm. Hepe bezieht sich auf die Haushaltsberatungen und dass es Probleme mit der entsprechenden Software zur Darstellung der bisherigen städtischen Maßnahmen gibt. Er zählt daher verschiedene klimarelevanten Maßnahmen auf, die u.a. bisher umgesetzt wurden:

- *energetische Sanierung der städtischen Häuser im Rahmen des Stadtumbaus*
- *BHKW im ZKW*
- *Holzsnitzelheizung auf dem BBH*
- *Fahrradwege*
- *Ausbau Windkraftanlagen*
- *Solaranlagen i.R. der Erneuerbare Energien GmbH*

Stv. Schneider bezieht sich auf die Rede von Bgm. Hepe und trägt folgenden Änderungsantrag vor:

- 1. Der Antrag der SPD wird zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Bauen und Umwelt zugewiesen.*
- 2. In alle künftigen Vorlagen ist zukünftig der Punkt: „Auswirkungen auf das strategische Ziel „Klimafreundliche Kommune“ aufzunehmen.*

Stv. Fiegenbaum will, dass die Anstrengungen zum Klimaschutz forciert werden und nennt als gute Beispiele das „Plant for the Planet-Programm“ sowie die Fridays for Future- Bewegung. Für Umweltmaßnahmen baulicher Art müssen aber auch die entsprechenden Handwerker zur Verfügung stehen.

Stv. Feiertag und auch Stv. Fiege verteidigen den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion weitergehend, dass weitere Maßnahmen umgesetzt werden, z. B. Förderung des Fahrradverkehrs. Dabei verweist Stv. Fiege auf entsprechende Programme der Landesregierung.

Stv. Montag bemängelt die Kommunikation seitens der Verwaltung und möchte besser informiert werden, daher hält er einen Bericht für dringend erforderlich.

Anschließend einigt man sich auf folgenden Beschluss, der aus dem Antrag der SPD-Stv.-Fraktion und dem Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion besteht:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich weiterhin und ausdrücklich zu dem Ziel der „Klimaneutralen Kommune“.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung zum nächstmöglichen Termin über den Stand sämtlicher klimarelevanten Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und Substitution fossiler Energieträger zu berichten. Über sämtliche laufende und vorgesehene Maßnahmen insbesondere in den Sektoren Landnutzung, Städtebau und Mobilität ist Auskunft zu geben. Quantifizierende Angaben zur Unterlegung sind hierbei anzuführen (z.B. stoffliche Mengen, Flächenangaben, Kilowattstunden etc.).
3. Des Weiteren soll über geplante Maßnahmen zur Klimafolgen-Bewältigung den Parlamentariern berichtet werden.
4. *In alle künftigen Vorlagen ist zukünftig der Punkt: „Auswirkungen auf das strategische Ziel „Klimafreundliche Kommune“ aufzunehmen.*
5. *Der Antrag der SPD wird zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Bauen und Umwelt zugewiesen.*

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 37, Nein: ---, Enthaltungen: ---

| |
|--|
| <p>8. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Beschleunigung der Baumaßnahme des Kunstrasenplatzes für Fußball und American Football Vorlage: 2019/0219/SVV</p> |
|--|

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.1

Stv. Claus trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet antragsgemäß zu beschließen.

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschlussvorschlag:

Beschleunigung der Baumaßnahme des Kunstrasenplatzes für Fußball und American Football.

Begründung:

Seit nunmehr drei Jahren ist die Stadt Eschwege mit dem Thema Kunstrasenplatz betraut. In der Zeit hat sich, neben den drei Fußballvereinen in Eschwege, zusätzlich eine Ballsportart etabliert die auf Rasen trainiert und Serienspiele austrägt. Die finanziellen Förderungen und die Anteile der Eigenleistungen würden sich dann auf vier Vereine aufteilen. American Football wird mittlerweile von ca. 80 Erwachsenen und Jugendlichen gespielt. Auf einem Kunstrasenplatz kann das ganze Jahr trainiert werden. Die Infrastruktur rund um die Torwiese ist mehr als gut um interessierten Vereinen ein Trainingslager anzubieten. Dadurch könnte man zusätzlich den Sporttourismus ankurbeln. Bei der Umsetzung des Platzes sollte man nochmal in Erwägung ziehen, ob man die Maßnahme auf Platz 1 oder auf Platz 2 umsetzt. Wenn bei schlechtem Wetter Naturrasenplätze gesperrt werden, könne man hier auf Platz 1 trotzdem Serienspiele ausgetragen und Zuschauer hätten weiterhin eine gute Sicht.

Auch Stv. Fiege erläutert den Antrag aus ökologischer Sicht, gibt Hinweise für ökologische Risiken und entsprechende Lösungsvorschläge für Versiegelungsgrad zur Vermeidung von Überschwemmungen.

Bgm. Heppe erläutert die Verzögerungsgründe damit, dass man noch keine Rückmeldung zur Teilnahme am Programm-Wettbewerb als Kommunalen Träger erhalten hat. Alternativ werde auch noch eine Vereinbarung mit Sportvereinen geprüft.

Frau Stv. Grauer will aus ökologischen Gründen nicht zustimmen, da die Produktion des Kunstrasenplatzes Mikroplastik im Erdboden verursacht.

Stv. Volkmar unterstützt den Antrag, da die Baumaßnahme eine Bereicherung des Sporttourismus beinhaltet.

Stv. Gassmann will eine Stärkung des Sports, es fehlen jedoch aufklärende Infos zu den organisatorischen Maßnahmen, der finanziellen Beteiligung der Vereine, den erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen sowie den gesundheitlichen Risiken, so dass seine Zustimmung nicht erfolgen wird.

Frau Stv. Grauer gibt folgenden Änderungsantrag bekannt:

Der Magistrat wird beauftragt, ökologische Aspekte gerade in Bezug auf Mikroplastik zu untersuchen.

Stv. Heinz will Sportvereine und ökologische Aspekte zusammenbringen und beantragt, vor der Umsetzung der Maßnahmen im zuständigen Ausschuss zu beraten.

Stv.-V. Hamp stellt folgenden neuen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Beschleunigung der Baumaßnahme des Kunstrasenplatzes für Fußball und American Football. Der Magistrat wird beauftragt, ökologische Aspekte gerade in Bezug auf Mikroplastik zu untersuchen und vor der Umsetzung der Maßnahme im zuständigen Ausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 35, Nein: 2, Enthaltungen: ---

| |
|-----------------------------|
| 9. Magistratsbericht |
|-----------------------------|

| |
|---|
| Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1 |
|---|

Herr Bgm. Heppe trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:

1. Stadtumbau in Hessen/Stadtumbau II – Gründung Lokale Partnerschaft

Mit der Aufnahme in das Programm „Stadtumbau in Hessen“ ist die Stadt Eschwege verpflichtet, eine sog. „Lokale Partnerschaft (LoPa)“ zu gründen, die den Stadtumbau-prozess begleiten soll. Daher hat der Magistrat am 20.03.2017 beschlossen, die Verwaltung mit dem Aufbau einer LoPa nach erfolgreicher Programmaufnahme zu beauftragen.

Vertreten sein sollen die relevanten Akteursgruppen im Stadtumbaugebiet. Dabei soll sie mindestens zur Hälfte aus privaten und zivilgesellschaftlichen Mitgliedern bestehen:

- Vertreter des Magistrats
- Interessierte Bürger
- Vertreter der Verwaltung, max. vier (Stadtplanung, Tiefbau und Verkehr)

- Vertreter aus dem Tourismus
- Vertreter aus dem Fachbereich 2.2 Familie, Soziales, Sport und Kultur
- Stadtmarketing Eschwege
- Projektentwicklungsgesellschaft Eschwege
- Ausschuss für Bauen und Umwelt – Ausschussvorsitzender
- Vertreter des Denkmalschutzes und der Naturschutzbehörde, jeweils 1 Person
- Bürgermeister Herr Heppe
- Bauaufsicht Kreisverwaltung Werra-Meißner
- Vertreter des Gutachterausschusses
- Stadtumbaumanagement
- Vertreter ansässiger Vereine
- Vertreter öffentlicher Einrichtungen

Am Montag hat sich die LoPa konstituiert und möchte künftig:

- durch ihre Mitwirkung an der Umsetzung des ISEK durch Beratung und Information von Planern, Verwaltung und Entscheidungsträgern (Expertenfunktion),
- durch ihre Funktion als Multiplikator in den eigenen Wirkungskreis (Multiplikatorenfunktion) und
- als Träger eigener privater und zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zur Unterstützung des Stadtumbauprozesses und der Innenstadt-entwicklung (Trägerfunktion)

beitragen.

Sobald das ISEK die Vorprüfung beim Ministerium passiert hat, und wir es in den städtischen Gremien beraten haben, wird es richtig losgehen. Erste Projektideen sind das Wohnen am Werra-Nordarm, die Lohgerberhäuser, Machbarkeitsstudie für das Eckhaus Brückenstraße/Bremer Straße. Außerdem soll das erfolgreiche Programm Bauen im Bestand fortgeführt werden.

Auf meine Idee hin soll es zudem ein weiteres Programm geben: „Jung kauft Alt“. Damit sollen insbesondere Familien einen finanziellen Anreiz erhalten, im alten Stadtkern Eigentum zu erwerben. Sobald der Entwurf steht, freue ich mich schon auf die Beratungen mit Ihnen. Außerdem wird eine Remise im Botanischen Garten geplant und für den Nikolaiplatz gibt es Überlegungen, einen Gestaltungswettbewerb durchzuführen.

Der Stadtumbau II bietet uns in den nächsten Jahren ganz viele Chancen und ich bedanke mich bei allen, die sich so intensiv einbringen. Bisher ist der Prozess ein gelungenes Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung.

Alle weiteren Punkte waren bereits Gegenstand der übrigen städtischen Gremien, oder betrafen das laufende Geschäft der Verwaltung sowie Personalsachen, so dass mein Magistratsbericht dieses Mal sehr kurz ausfällt.

Es folgt die Auftragsvergabe:

2. Auftragsvergabe

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannten Auftrag vergeben:

- | | |
|---|-------------|
| <ul style="list-style-type: none"> • Vergabe der Sanierungsarbeiten der Zaunanlage auf der Stützwand um die Kirche in Eschwege/ST Niederhone | 29.476,30 € |
|---|-------------|

| | |
|---------------------|--------------------|
| Gesamtsumme: | 29.476,30 € |
|---------------------|--------------------|

10. Anregungen

10.1 Plant for the Planet

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, BBH

OV Bick berichtet, dass in Niederdünz bach seit 25 Jahren jährlich 7-8 Bäume gepflanzt werden und ehrenamtlich gepflegt werden.

10.2 Beleuchtung Schäferhalle

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3

Stv. Montag regt an, die Schäferhalle über Johannisfest beleuchten zu lassen und Herrn Claus Hartmann darüber zu informieren.

10.3 Deutschlandtour Radrennen Ende September 2019

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2

Stv. Fiege regt Folgendes an:

Der Verlauf des Rennens führt an unserer Region vorbei, wobei die Route noch nicht feststeht. Die Stadt solle bei der Organisation anrufen, ob es möglich wäre, eine Etappe in Eschwege enden zu lassen.

10.4 Anträge zur Innenentwicklung

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Stv. Dr. Bödicker regt an:

dass in einer der nächsten Stadtverordnetensitzungen schwerpunktmäßig Anträge zur Innenentwicklung gestellt werden.

Ohne konkrete Anträgen an dieser Stelle vorgreifen zu wollen, könnte er sich beispielsweise folgende Punkte vorstellen:

- 1. Möglichkeiten der Frequenzvermehrung. Nicht nur er habe das Gefühl, dass in der Innenstadt die Frequenz deutlich nachgelassen hat. Hier sollte man sich überlegen, was man dagegen konkret unternehmen kann, beispielsweise Unterstützung der Vermieter bei Ansiedlung von Frequenzbringern, wie es dereinst Koch war oder heutzutage Vockeroth.*
- 2. Konkrete Möglichkeiten für konkrete Projekte der Projektentwicklungsgesellschaft aufzuzeigen und prüfen zu lassen, notfalls auch durch eine externe Unternehmensberatung und dann zeitnah auf den Weg zu bringen.*
- 3. Heruntergekommene Häuser, die in unserem Eschwege wohl jeder kennt, abzureißen, zu sanieren, den Eigentümern beispielsweise durch die Projektentwicklungsgesellschaft abzukauften, entwickeln und dann wieder verkaufen zu lassen.*

4. *Unterstützung der Eigentümer, damit diese qualitativ besseren und sanierten Wohnraum zur Verfügung stellen (können).*
5. *Insbesondere auch die Sanierung von Fachwerkhäusern vorantreiben, um mit diesem touristischen Pfund noch mehr wuchern zu können.*

10.5 Modernisierung Torwiese Platz 1

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 3.3

Stv. Rüppel regt an, das Stadion Torwiese 1 zu modernisieren, z. B. mit mehr Sitzplätzen, barrierefreier Gestaltung sowie Strom für Lautsprecheranlage.

10.6 Umstellen des Rednerpults

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Stv. Fiegenbaum regt an, das Rednerpult etwas zurückzusetzen, damit Stv.-V. Hamp die Fraktionen, die auf der linken Seite sitzen, besser sieht, wenn diese sich zu Wort melden.

10.7 Fridays for Future

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Frau Stv. Grauer weist auf die nächste Veranstaltung hin.

10.8 Verfüllen von Baumscheiben

Zuständiger Fachbereich: BBH

Frau Stv. Strauß nimmt Bezug auf die Baumscheiben in der Friedrich-Wilhelm-Straße und in der Gartenstraße und bittet, diese mit einer dauerhaften Bepflanzung zu versehen.

Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 21:58 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 11.04.2019**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)